



Richard von Weizsäcker

1920 bis 2015

Bilder aus einer vergangenen Zeit, aus dem Deutschland des 20. Jahrhunderts, kehren in diesen Tagen zurück. Die Bilder erzählen von einem Mann, dessen Reden die Deutschen geprägt und beeindruckt haben, der sozusagen zum Kerninventar der alten Bundesrepublik zählte und der für das demokratische Bewusstsein dieses von Krieg und Verbrechen gezeichneten Volkes mehr getan hat als die meisten Politiker seiner Generation – Bilder von Richard von Weizsäcker.

Erinnert wird nun an eine Epoche, die ganz von der deutschen Jahrhundertkatastrophe und ihren Folgen bestimmt war, eine Epoche, in der die Deutschen um eine neue Identität rangen, um ihren Platz in Europa und der zivilisierten Welt. Und in der sie sich schließlich wiedervereinigen durften.

Dass all das im Grunde gelang, dass die Geschichte der Bundesrepublik von ihren Anfängen bis zum Ende der deutschen Teilung eine Erfolgsgeschichte geworden ist – dafür war auch Richard von Weizsäcker verantwortlich.

Am vergangenen Samstag ist der Altbundespräsident im Alter von 94 Jahren in Berlin gestorben.

Als die Nachricht vom Tode Richard von Weizsäckers über die Agenturen verbreitet wurde, tauchten sie sofort wieder auf: die so vertrauten Fotos von Weizsäcker mit den Größen seiner Zeit. Die TV-Sender holten Filmdokumente aus dem Archiv, von seinen wichtigen Reisen nach Moskau, Warschau und Jerusalem, vor allem aber natürlich von seiner großen Rede am 8. Mai 1985 im Bonner Bundestag. Da war sie noch einmal, diese klare, mittelhohe Stimme, die so weich und verbindlich klingen konnte, aber auch schneidend hart.

Im kollektiven Bilderhaushalt der Deutschen werden diese Szenen haften bleiben, die Zeitgenossen werden sich immer wieder seiner erinnern, obwohl er ihnen nicht wirklich nahegekommen war. Richard von Weizsäcker war ihr Repräsentant, als „Ersatzkönig“ wurde er apostrophiert oder, liebevoller, als „König Silberlocke“. Volksnähe hat er jedoch nie bewiesen oder beweisen

FOTO: POLARIS / LAIF

wollen. Der selbstbewusste Aristokrat hielt sich seine Mitmenschen zeit lebens auf Distanz.

Kein Zufall vielleicht, wenn man schon in einem Schloss das Licht der Welt erblickt hat, in Stuttgart, in der ehemaligen Residenz des Königs von Württemberg.

Richard von Weizsäcker wurde dort am 15. April 1920 in eine außergewöhnliche Familie hineingeboren. Nicht nur sein 1916 in den erblichen Adelsstand erhobener Großvater, Karl Freiherr von Weizsäcker, hatte als Politiker Karriere gemacht und es bis zum württembergischen Ministerpräsidenten gebracht. Auch sein Vater, der Diplomat Ernst von Weizsäcker, diente den Mächtigen seiner Zeit, er brachte es im Nazi-Regime – das allerdings als düstere Hypothek für alle Weizsäcker – bis zum Staatssekretär des Auswärtigen Amts. Und schließlich war da auch noch Richards ältester Bruder, Carl Friedrich, der sich als Physiker und Philosoph einen großen Namen machen sollte.

Wer nach den Ursachen, nach Erklärungen für den Aufstieg Richard von Weizsäcker in das höchste Amt des Staates sucht, der wird hier, bei seinen Wurzeln, fündig. Richard von Weizsäcker wuchs in einem protestantischen Milieu auf, das an sich glaubte, in einer Familie, die der jeweils nächsten Generation die Gewissheit vermittelte, dass man es mit eigener Hände Arbeit, mit dem eigenen Kopf immer zu etwas bringen wird.

Weltläufigkeit wurde Richard von Weizsäcker schon in die Wiege gelegt, weil sein Vater samt Familie zuerst in Dänemark und Norwegen, dann in der Schweiz als Diplomat stationiert war. Nach dem Abitur 1937 durfte der junge Mann zwei Semester in Oxford und Grenoble studieren. Den familiären Beziehungen verdankte er auch 1938 seine Aufnahme in das Infanterieregiment 9, in dem schon sein Bruder Heinrich diente, eine preußische Eliteeinheit, in der überzeugte Nazis eher ungerne gesehen wurden.

Nach Krieg und Jurastudium avancierte der Wehrmachtshauptmann erst zum Abteilungsleiter bei Mannesmann und dann – diesmal kam das Angebot aus der Familie seiner Ehefrau Marianne – zum persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Waldthausen in Essen und Düsseldorf. Auch seinen Eintritt in die Geschäftsführung des Chemieunternehmens Boehringer 1962 verdankte er einer persönlichen Freundschaft des Vaters mit einem Mitglied der Boehringer-Familie.

Seine wahre Heimat aber blieb die deutsche Aristokratie. In den Vierzigerjahren schon lernte er sie alle kennen: die Stauffenbergs und Dohnanyis, die Schulenburgs, Dönhoffs und den verhinderten Hitler-Attentäter Axel von dem Bussche, seinen engen Freund und Weggefährten – konservative Freigeister in jedem Fall, aber nicht unbedingt glühende Demokraten.

Diese preußische Welt hatte im Krieg zwar schweren Schaden genommen, aber als Karrierenetzwerk taugte sie noch immer. Marion Gräfin Dönhoff war es, die Weizsäcker 1962 für seinen ersten großen öffentlichen Auftritt gewann, einen „Zeit“-Artikel, in dem er für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und eine Aussöhnung mit Polen plädierte. Dann fragte ihn der Präsident des Evangelischen Kirchentags, Reinold von Thadden-Trieglaff, auch er ein Freund der Familie und Mann von altem Adel, ob er sein Nachfolger werden wolle. 1964 wurde er tatsächlich in dieses, sein erstes öffentliches, Amt gewählt.

Weizsäcker wurde gefragt, wurde gebeten. Fast scheint es, als wäre ihm seine gesamte berufliche und politische Laufbahn in

den Schoß gefallen, als hätte er nie um irgendetwas kämpfen müssen. Diese Deutung dürfte zumindest ein prominenter Zeitzeuge bis heute vertreten, nämlich Helmut Kohl. Der damalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident holte Richard von Weizsäcker gewissermaßen durch den VIP-Eingang auf die große Bühne der deutschen Politik. Ohne je für einen CDU-Ortsverein Plakate geklebt oder in einer Fußgängerzone Luftballons verteilt zu haben, zog Weizsäcker 1969 über die Landesliste Rheinland-Pfalz in den Bundestag ein.

Noch vor dem Einzug ins Parlament fiel Weizsäckers Name erstmals im Zusammenhang mit einer bevorstehenden Bundespräsidentenwahl. Der liberale Flügel der Union wollte ihn nominieren, im parteiinternen Wettbewerb setzte sich aber der konservative Verteidigungsminister Gerhard Schröder durch – und verlor prompt gegen den Sozialdemokraten Gustav Heinemann.

Im Nachhinein lässt sich diese Blitzkarriere nur mit dem überparteilichen Ansehen Weizsäckers erklären, besondere Verdienste hatte der Jungpolitiker noch nicht erworben. Auch seine ersten Erfolge als geschickter, auf Kompromisse bedachter Parlamentarier der Opposition, in den Jahren der sozial-liberalen Koalition

unter Willy Brandt, rechtfertigten kaum seine dann tatsächlich erfolgte Ernennung zum Unionskandidaten bei der nächsten Bundespräsidentenwahl 1974. Er unterlag zwar dem Freidemokraten Walter Scheel – Richard von Weizsäcker, so schrieb später die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, schien den Zeitgenossen aber „wie geboren fürs Präsidentenamt“.

Doch Helmut Kohl hatte andere Pläne mit ihm. Weizsäcker sollte an die Front nach Berlin, es galt, den nach diversen Skandalen abgewirtschafteten SPD-Senat zu stürzen, allzu schwer war die Aufgabe freilich nicht. Weizsäcker setzte sich im zweiten Anlauf durch und wurde 1981 zum Regierenden Bürgermeister gewählt. Er hatte damit zum ersten – und letzten – Mal ein Regierungsamt inne.

Mit dem Verzicht von Karl Carstens auf eine zweite Amtszeit begann 1983 erneut eine Debatte um eine Kandidatur Weizsäckers für das höchste Staatsamt. Dieses Mal aber musste er wirklich kämpfen. Und sein Gegner hieß: Helmut Kohl. Der

Kanzler sah in Weizsäcker nicht mehr seinen Zögling, sondern einen Rivalen, und favorisierte den Niedersachsen Ernst Albrecht.

Zum Showdown kam es am 26. Oktober 1983 auf der Tribüne des Berliner Olympia-Stadions, beim Fußballländerspiel der Deutschen gegen die Türkei. Beobachtet und beschrieben wurde die Szene von Weizsäckers Berater Friedbert Pflüger. Kaum saßen die beiden Ehrengäste auf ihren Plätzen, begann ein heftiger Streit. „Er lasse sich nicht reinlegen“, schimpfte Weizsäcker laut Pflüger, „Albrecht habe erklärt, er stehe nur zur Verfügung, wenn Weizsäcker verzichte. Er denke aber nicht daran, die Kandidatur hinzuwerfen. Und Kohl wisse das. Der schnaubte nur vor sich hin“.

Dass der Pfälzer schließlich einlenkte, zählt sicher zu den glücklicheren Entscheidungen seiner Kanzlerschaft. Weizsäcker wurde am 23. Mai 1984 mit 832 von 1017 gültigen Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt, auch viele Delegierte der Opposition hatten für ihn gestimmt.

Jeder Bundespräsident muss seinen eigenen Stil finden, denn das Amt setzt ihm enge Grenzen. Sein Vorgänger Carstens scheiterte bis zum Schluss an dieser Aufgabe. Richard von Weizsäcker



Schüler Weizsäcker (l.), Vater um 1928*

Düstere Hypothek für die Familie

* Mit den Geschwistern Heinrich, Adelheid und Carl Friedrich.

hingegen erwischte einen Traumstart. Nicht einmal zwölf Monate nach der Wahl hielt er am 40. Jahrestag des Kriegsendes jene Gedenkrede, die ihm im In- und Ausland schlagartig zu großem Ansehen verhalf. Die Rede und vor allem ihre zentrale Botschaft, das uneingeschränkte Bekenntnis zur deutschen Schuld, wurde zum Markenkern dieser Präsidentschaft, ja des Politikers Weizsäcker schlechthin.

Der 8. Mai, so erklärte er in der entscheidenden Passage, sei nicht nur ein Tag der totalen Niederlage gewesen, sondern „ein Tag der Befreiung“. Er habe die Deutschen von einem „mensenverachtenden System“ befreit. Und all jenen, die Krieg und Kriegsfolgen gegeneinander aufrechnen wollten, rief er zu: „Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Warum diese Rede damals ein so starkes Echo auslöste, ist heute nur noch schwer nachzuvollziehen. Sein Text habe „nicht eigentlich neue Einsichten“ enthalten, räumte sogar Weizsäcker später ein, er und andere hätten Ähnliches an anderer Stelle längst gesagt. Es waren wohl eher die Umstände, die daraus ein Ereignis machten, wie der Weizsäcker-Biograf Hermann Rudolph nachgewiesen hat. Drei Tage vor Weizäckers Ansprache hatte sich Helmut Kohl mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg getroffen, um die Versöhnung der Kriegsgegner von ehemals zu zelebrieren. Weil dort auch die Gräber von 49 Soldaten der Waffen-SS liegen, löste Kohls symbolische Geste verheerende Reaktionen in den USA aus – und natürlich auch bei der Opposition



Verteidiger Weizsäcker, Vater Ernst 1948
Juristischer Beistand vom eigenen Sohn

im Bundestag. Viele Kritiker sahen in Kohls Bitburg-Besuch gar eine Verneigung vor jenen Ewiggestrigen, denen ohnehin die angebliche Selbstkasteiung der Deutschen gegen den Strich ging – und die dann auch entsprechend heftig auf Weizsäcker antworteten. Franz Josef Strauß etwa schimpfte über „die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe“, die ein Volk nur lähmen könne. Mit einem Argument allerdings trafen Weizäckers Kritiker den Präsidenten persönlich: „Wir wollen keinen

Präsidenten“, so empörte sich der Republikaner-Chef Franz Schönhuber, „der mehr seinen Vater bewältigt als sein Vaterland.“

Was Weizsäcker in seiner Rede tatsächlich nicht angesprochen hatte, war das Versagen des Vaters, der als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in die Abgründe der nationalsozialistischen Politik geblickt und dennoch sein Amt nicht aufgegeben hatte, ja, das Versagen der kompletten Beamtenelite im „Dritten Reich“. Und dieses Versäumnis machten ihm Historiker später auch zum Vorwurf. „Den Anteil“, so kritisiert etwa Heinrich August Winkler, „den die alte Oberschicht an der Zerstörung der Weimarer Republik, an den Erfolgen des Diktators und am Zweiten Weltkrieg hatte, erwähnte der Bundespräsident nicht.“

Die Schuld, die Ernst von Weizsäcker im Nationalsozialismus auf sich geladen hatte, verfolgte seinen Sohn Richard durchaus. Und die Formeln, mit denen er die Verantwortung des Vaters für NS-Verbrechen zeit lebens zu relativieren suchte, entsprachen genau jenen Argumenten, mit denen er schon 1947 im Nürnberger Wilhelmstraßen-Prozess als Assistent der Verteidigung des Vaters angetreten war.

„Der Erste und Einzige“

SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein zählte zu den wenigen Kritikern der Rede Richard von Weizäckers vom 8. Mai 1985. Er warf ihm im Jahr darauf vor, einen Schlusstrich ziehen zu wollen. Der anschließende Briefwechsel in Auszügen:

Weizsäcker an Augstein, 31. Oktober:

„Meine Ansprache ist eine einzige Mahnung, sich zu erinnern. Dazu zitiere ich das Alte Testament, den jüdischen Glauben und sein Gottesbild, unsere eigenen Erfahrungen, die alte und die junge Generation. Die Rede endet damit, wir Älteren müssten ‚den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten‘. Schon oft bin ich dem Vorwurf begegnet, ich spräche zu viel von der Erinnerung und sei unfähig, uns Deutschen zu einem Schlusstrich unter der Vergangenheit zu verhelfen. Demgegenüber sind Sie wirklich der Erste und Einzige, der meine Ansprache als den Willen zu einem Schlusstrich interpretiert. Meine Rede so zu verstehen, passt zwar in den Duktus Ihres Essays, aber es verkehrt

meine Rede in ihr Gegenteil und ist nicht redlich.

Der andere Punkt betrifft Ihre Beurteilung meines Vaters, die Ihnen selbstverständlich vollkommen freisteht. Meine Meinung dazu will ich Ihnen mitteilen. In der Tat habe ich mich aus tiefer innerer Überzeugung an der Verteidigung meines Vaters in Nürnberg beteiligt ... Hitler und den Nationalsozialismus hat er, wie viele andere, anfänglich falsch eingeschätzt. Er hat Hitler für einen gefährlichen kriegstreiberischen Dilettanten gehalten und die sich anbahnende menschenverachtende, verbrecherische Seite des Regimes, mindestens vor dem 30. Juni 1934, unterschätzt. Sein großes, ständiges Dilemma war es, ob er im Amt bleiben sollte oder nicht. Er hat sich dafür entschieden, um einer Außenpolitik

mit politisch vernünftigen und völkerrechtlich zulässigen Mitteln zu dienen. Wie er es verstand, war sein Ziel gleichzeitig international und patriotisch. Ganz und gar im Mittelpunkt seiner Gedanken stand die Verhinderung eines Kriegsausbruches ... Niemand hat schärfer gesehen als mein Vater, dass das, was er sich vorgenommen hatte, gescheitert war ... Ich habe immer empfunden, dass ich Ihnen und mir und allen anderen Menschen, unserer Generation und der jüngeren, nur wünschen kann, niemals in eine Lage zu kommen, in der er war; wenn aber, dann in ihr in derjenigen Tiefe des eigenen Gewissens zu leben und zu handeln, in der ich es bei ihm durch die Jahre hindurch miterlebt habe. Deshalb habe ich meinen Vater aus tiefer innerer Überzeugung verteidigt und werde es auch weiter tun.“

Augstein an Weizsäcker, 18. November:

„Sie wissen sicher, dass von einer seriösen Seite wie auch aus der rechten Schmierecke gegen Ihren Vater etwas in Vorbereitung ist ... Der Duktus wird sein: Seinem Vater erteilt er (zu) großzügig Absolution, den Nachgeborenen aber vermittelt er Schuldgefühle, wo tatsächlich keine ‚Schuld‘ vorliegen kann.

Richard von Weizsäcker hatte damals sein Jurastudium unterbrochen, um seinem Vater beizustehen. Die Anklage des alliierten Militärgerichts warf Weizsäcker senior unter anderem die Beteiligung an der Führung eines Angriffskrieges vor – im Falle eines entsprechenden Urteils hätte dem Vater die Todesstrafe gedroht. Tatsächlich aber hatte der Staatssekretär Ernst von Weizsäcker Hitlers Kriegspolitik sowie die Angriffe auf Polen oder die Sowjetunion bis zum letzten Moment zu verhindern versucht.

Ein entscheidender Anklagepunkt allerdings setzte sich am Ende vor Gericht durch – und der war moralisch mindestens so schwerwiegend wie der erste: Ernst von Weizsäcker sei auch in den Judenmord verwickelt gewesen, er habe zum Beispiel die Zustimmung des Auswärtigen Amtes zur Deportation von 6000 Juden aus Frankreich nach Auschwitz mit seiner Paraphe gezeichnet und damit gebilligt. Der einzige Akt des Widerstands, den Richard von Weizsäckers Vater in diesem Fall leistete, war eine rein rhetorische Korrektur: Im Entwurf war noch davon die Rede, dass das Amt „keine Bedenken“ gegen die geplante Aktion erhebe, Weizsäcker machte daraus „kein Einspruch“.

Richard von Weizsäcker verteidigte seinen Vater bis zuletzt mit dem Argument, dass er trotz seines hohen Amtes von der systematischen Vernichtung der Juden nichts gewusst habe; auch eine Verweigerung dieser Paraphe hätte ihnen nicht geholfen – ein Argument, das wahrscheinlich zutreffend war, moralisch-politisch jedoch eine Kapitulation.

Warum hatte der Vater der NS-Regierung immerhin bis 1943 gedient, bis er als Botschafter am Vatikan nach Rom wechseln konnte? Stand er den Nazis nicht doch sehr viel näher, als es sein Sohn und die übrigen Verteidiger im Nürnberger Prozess behaupteten? Das Militärgericht verurteilte ihn schließlich zu fünf Jahren Gefängnis – ein Urteil, das der Sohn nie akzeptierte.

Richard von Weizsäcker behauptete in einem TV-Interview sogar „aus tiefer innerer Überzeugung“, dass sein Vater immer nur Deutschland gedient und sich nicht „dem Regime zur Verfügung gestellt“ habe. Historiker hingegen fanden neben den Dokumenten, die seine Verstrickung in den Holocaust erkennen ließen, Belege für antisemitische Ausfälle Ernst von Weizsäckers, Beweise auch für seine Beteiligung an der Ausbürgerung Thomas Manns aus Deutschland, für seine tiefe Verachtung der Weimarer Republik und der Demokratie schlechthin.

Wahrscheinlich erklärt sich Richard von Weizsäckers Verständnis für den Vater auch mit jenen traumatischen Erfahrungen, die er als junger Offizier im Zweiten Weltkrieg machen musste. Sein Bruder Heinrich fiel schon am zweiten Kriegstag in Polen. Er selbst kämpfte jahrelang an der Ostfront, seine Einheit marschierte bis kurz vor Moskau und beteiligte sich an der Belagerung Leningrads. Richard von Weizsäcker war zugleich Gefangener und Akteur eines mörderischen Systems.

In einem SPIEGEL-Gespräch sah er sich 2009 erstmals mit dem Vorwurf konfrontiert, seine Einheit sei in der Sowjetunion für Kriegsverbrechen verantwortlich gewesen. Bis dahin hatte er nur die Existenz eines Befehls bestätigt, der besagte, dass man keine Gefangenen mehr machen sollte. Er könne sich „lebhaft an unsere Empörung über diesen Quasi-Mordbefehl“ erinnern, berichtete er, selbstverständlich habe man den Befehl nicht weitergegeben.

Nun also wurde ihm im Interview eine Abendmeldung seines Infanterieregiments 9 vom 28. Juni 1941 vorgelegt, in der es heißt: „Gefangene wurden nicht gemacht, da die Soldaten des Regiments sich, nachdem sie die bestialischen Verstümmelungen an ihren Kameraden gesehen hatten, hierzu nicht in der Lage sahen.“ Weizsäcker reagierte schockiert, er habe noch nie „von einer solchen Meldung gehört“ und bestreite ihren Inhalt,

unternommen und gedeckt hat, Sand ins Getriebe der Hitler-Maschinerie zu streuen. Ich ziehe zum Vergleich die Person des im Übrigen nicht vergleichbaren Generalobersten Hoepner heran, der Hitler bis weit in den Krieg hinein voll zur Verfügung stand und dennoch wegen seiner Teilnahme am Widerstand gehenkt wurde. Es waren eben die Weizsäckers und die Hoepners, die Hitlers und Ribbentrops Krieg mitgetragen und mitgeführt haben ... Will man diese Grundtatsache leugnen, dass im Übrigen ehrenwerte Männer (und Frauen) sich Hitler zur Verfügung gestellt haben, so gerät man unweigerlich in eine schiefe Lage. Sie haben mir Unredlichkeit vorgeworfen. Ich als Ihr getreuer und Sie verehrender Staatsbürger meine nun aber, dass Sie eben aus diesem Grund keinen festen Boden unter den Füßen hatten, als Sie in Ihrer berühmten Rede den meines Erachtens schiefen und meines Erachtens auch fragwürdigen Vergleich mit den Israeliten in der Wüste vorgebracht haben, der wohl nur deswegen nicht hinterfragt worden ist, weil er gefällig klingt.“

Weizsäcker an Augstein, 4. Dezember: „Über meinen Vater haben wir bis jetzt mit je einem Brief einen Meinungs-

tausch gehabt. Was Sie schreiben, glaube ich zu verstehen. Selbstverständlich respektiere ich Ihre Meinung, aber ich teile sie nicht. Ich will nicht das menschliche Bild als Entlastung gegen das politische Bild ins Feld führen. Ich glaube nur, dass kein vernünftiges Urteil herauskommen kann, wenn man versucht, das eine vom anderen abzutrennen ... Wichtig ist, wie Sie ein Spannungsverhältnis schildern, das bei mir sichtbar werde: Entlastung des Vaters damals – Belastung der Nachgeborenen heute. Letzteres entspricht nicht dem, was ich denke und sage, aber es wirkt so auf viele ...

Erst durch Ihren Brief habe ich ganz verstanden, was Sie mir in Ihrem Essay bereits vorgeworfen hatten, nämlich dass ich die Israeliten in der Wüste mit uns verglichen hätte. Das halte ich für ein Missverständnis, welches mich völlig überrascht. Ich habe mich der Frage zugewandt, welche Bedeutung vierzig Jahre als Zeitdauer im Leben von Menschen und Völkern haben können. Dazu habe ich das Alte Testament als Quelle der Lebenserfahrung zu Rate gezogen, aber doch um Himmels willen nicht die Israeliten damals mit den Deutschen heute verglichen.“ Ausgewählt von Klaus Wiegrefe



Briefpartner Augstein, Weizsäcker 1989
„Um Himmels willen“

Ich mache mir diesen Duktus aus so trüben und böswilliger Gedankenführung nicht zu eigen, muss aber redlicherweise zugeben, dass hier ein Spannungsverhältnis nicht konstruiert werden muss. Sie haben ja versucht, es in Ihrer Weise zu bewältigen und aufzulösen. Vielleicht ist das nicht vollständig gelungen, vielleicht konnte es auch nicht vollständig gelingen. In der Beurteilung der Funktion Ihres Vaters sind wir uns offenbar nicht einig ... Ich jedenfalls muss in vollem Umfang der Meinung sein dürfen, dass Ihr Vater sich dem Nazi-Regime zur Verfügung gestellt hat. Schon dies bestreiten Sie, und es ist doch die mildeste Form der Beurteilung, die man ihm nach seinem Wirken angedeihen lassen kann. Dagegen spricht ja gar nicht, dass Ihr Vater auch Versuche

jedenfalls „für unseren Bereich“. „Eine Reaktion nach dem Muster, dass nicht sein kann, was nicht sein darf?“, fragte später Weizsäckers Biograf Hermann Rudolph.

Viel lieber erinnerte sich Weizsäcker an jene Kameraden, die sich unter Einsatz ihres Lebens am Widerstand gegen Adolf Hitler beteiligt hatten. Und davon gab es im Infanterieregiment 9 etliche, allen voran Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, der als Mitverschwörer des 20. Juli im August 1944 hingerichtet wurde. Die Berichte seiner Kameraden über Massenmorde an Juden hatten auch Richard von Weizsäcker zum Sympathisanten und Mitwisser der Umsturzpläne gemacht; aktiv beteiligt war er nicht – und er hat das, anders als andere Ex-post-Widerständler, auch nie behauptet.

Als Weizsäcker 40 Jahre später im Bundestag seine Gedenkrede zum 8. Mai vortrug, klammerte er seine persönliche Geschichte zwar aus. Aber viele Deutsche – und die Abgeordneten ohnehin – kannten seine Biografie. Und gerade diese Widersprüche, seine Nähe zum Widerstand einerseits, das Scheitern des Vaters andererseits, verhalfen seinen Worten zu besonderer Glaubwürdigkeit. Hier stand jemand am Pult des Bundestages, der wusste, wovon er sprach.

Und der schon früher als andere erkannt hatte, dass nur ein aufrichtiges Bekenntnis zu dieser Vergangenheit den Frieden in Europa sichern konnte. 1965 zählte er zu den Mitarbeitern an der wegweisenden Ostdenkschrift der evangelischen Kirche, die eine Rückkehr der Vertriebenen nach Polen ablehnte und die polnische Westgrenze nicht mehr infrage stellte. 1972 war auch Weizsäcker dafür verantwortlich, dass die Union am Ende im Bundestag Willy Brandts Ost-Verträge nicht pauschal ablehnte, sondern sich fast geschlossen der Stimme enthielt. Und 1987 war es Weizsäcker, der nun als Bundespräsident nach Moskau reiste, um mit Michail Gorbatschow jene Gespräche zu führen, die Kanzler Kohl nach seinem Goebbels-Vergleich vorerst nicht mehr führen konnte. Weizsäcker nutzte diese Gelegenheit sogar, um die immer noch offene deutsche Frage anzusprechen, was Gorbatschow aber vorerst nur mit einem Lächeln quittierte.

Als es dann schließlich so weit war, kam allerdings die große Stunde seines Rivalen Helmut Kohl. Er wurde zum Kanzler der Einheit, Weizsäcker, der Repräsentant, stand im Wendejahr 1989/90 im Schatten der Akteure in Bonn und Berlin. Am 3. Oktober 1990 blieb dem Bundespräsidenten nur die Rolle des Notars, der die Einheit beim Festakt in der Berliner Philharmonie beglaubigen musste: Endlich sei es geschafft, von nun an seien die Deutschen immerhin „kein Streitpunkt auf der europäischen Tagesordnung“.

Die von ihm erhoffte Reform der demokratischen Strukturen des neuen Deutschland war jedoch auf der Strecke geblieben. Mit derselben Beharrlichkeit, mit der er die Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn verfolgt hatte, polemisierte er nun gegen die Erstarrung des politischen Systems der größer gewordenen Bundesrepublik. Die Parteien, so empörte er sich 1992 in einem Interview, seien nur noch „machtversessen auf den Wahlsieg und machtvorgessenen bei der Wahrnehmung der Führungsaufgabe“. Allein in den Leitartikeln der „Herald Tribune“, so erklärte er an anderer Stelle, könne er inzwischen schon „mehr an konzeptionellen Gedanken finden als in den Äußerungen unserer parteipolitischen Machtzentren“.

Weizäckers Frontalangriff hatte eine Vorgeschichte – und natürlich auch Folgen. Zur Vorgeschichte zählte sein nun schon ein

Jahrzehnt währendender Konflikt mit Helmut Kohl. Wenn der Präsident über „Machtversessenheit“ klagte, dann meinte er den Kanzler vor allem. Kohls nicht selten bräsiger, nur auf die nächste Opportunität lauender Politikstil war das Gegenteil dessen, was sich Weizsäcker als verantwortungsbewusste Gestaltung politischer Prozesse vorstellte. Zur Vorgeschichte gehörte aber auch die Erfahrung mit den Bürgerbewegungen in der DDR und in den Staaten Osteuropas. Hier war Politik plötzlich von unten gemacht worden, unabhängig von Parteiinteressen. Das alles faszinierte den Präsidenten.

Die regierende Kaste in Bonn hingegen beunruhigten solche alternativen Politikmodelle. Überhaupt ging ihnen der ewig mehrende Staatsmann nun langsam auf die Nerven. „Während andere schon zu Hause auf dem Sofa sitzen oder eine wie immer schöne Ansprache des Herrn Bundespräsidenten konsumieren,“ giftete etwa der damalige Arbeitsminister und Kohl-Vertraute Norbert Blüm, „rackern sich diese ‚machtvergessenen‘ und ‚machtversessenen‘ Parteipolitiker in Ausschüssen, Kommissionen und Parlamentsitzungen ab und streiten um das Wohl des Volkes. Jawohl, um das ‚Wohl des Volkes‘.“

Andere Stimmen, auch aus den Medien, gaben eher zu bedenken, ob die vom Präsidenten beklagte Politikverdrossenheit unter den Bürgern durch dessen Attacken nicht noch vergrößert werden würde. Bei aller Berechtigung seiner Vorwürfe bediente er über den Parteien schwebende Präsident Weizsäcker eben auch ein bei den Deutschen tief sitzendes Unbehagen an der Parteilichkeit in der Politik an sich, an ihren Kompromissen, an den nicht selten unbefriedigenden Lösungen des parlamentarischen Alltags. Andere Präsidenten sind ihm später in dieser Kritik gefolgt, Horst Köhler vor allem, aber am Ende ließ sich der Parteienstaat von alledem nicht wirklich beeindrucken.

Nach dem Auslaufen der Amtszeit Weizäckers, im Sommer 1994, wurde Helmut Kohl noch ein weiteres Mal

ins Kanzleramt gewählt und regierte fortan ohne den lästigen Mahner im Schloss Bellevue. 1997 versuchte der Pfälzer sogar, den Expräsidenten wegen nicht gezahlter Mitgliedsbeiträge aus der CDU zu werfen, „dieser Herr“ gehöre ja sowieso „nicht mehr zu uns“. Aber der Racheakt schlug fehl; Weizsäcker setzte sich mit der Auffassung durch, dass man eine Mitgliedschaft nicht nur als Präsident, sondern auch danach ruhen lassen könne, ohne die Partei zu verlassen. Dass die CDU erst nach längerem Hin und Her einen Redner – Wolfgang Schäuble – für die Trauerfeier am kommenden Mittwoch benannt hat, ist ein später Nachklang des Zerwürfnisses zwischen Weizsäcker und seiner Partei.

Der liberale Richard von Weizsäcker und der konservative Helmut Kohl waren, wie der britische Politologe Timothy Garton Ash einmal urteilte, „eines der effektivsten Doppel an der Spitze eines europäischen Staates“ gewesen. Auch im neuen Jahrhundert blieben sich die Politrentner in gegenseitiger Abneigung treu verbunden. Beide zehrten von vergangener Größe, der Stern des einen allerdings verblasste wegen der CDU-Parteispenden-affäre immer mehr. Der Stern des anderen hingegen strahlte nun umso heller: Richard von Weizsäcker werden die Deutschen als jenen Bundespräsidenten in Erinnerung behalten, der wohl mehr Präsident war als jeder Amtsinhaber vor oder nach ihm – keine schlechte Bilanz eines langen Politikerlebens. Martin Doerry



Bundespräsident Weizsäcker (r.), Kanzler Kohl (2. v. r.)* „Effektivstes Doppel an der Spitze eines Staates“

* Bei der Wiedervereinigungsfeier am 3. Oktober 1990 in Berlin.